

Regierungserklärung von Stefan Mappus: **Zukunft und Chance** für Baden-Württemberg.

ARGUMENTE FÜR S21

Ausgabe Nr. 9

Den Dialog wieder aufnehmen!

In seiner Regierungserklärung „Stuttgart 21 - Zukunft und Chance für Baden-Württemberg“ hat Ministerpräsident Stefan Mappus am 6. Oktober im Landtag nochmals eindrucksvoll erklärt, warum Baden-Württemberg am Zukunftsprojekt Stuttgart 21 festhält. Gleichzeitig hat er deutlich gemacht, dass der Dialog zwischen Projektbefürwortern und Projektgegnern wieder aufgenommen werden muss. Jetzt seien alle Beteiligten aufgerufen, die von den S21-Gegnern einseitig abgebrochenen Gespräche wieder aufzunehmen.

S21 bewegt die Menschen

Der Ministerpräsident sagte zu Beginn seiner Rede im Landtag, dass der Konflikt um Stuttgart 21 die Menschen im Land in den vergangenen Wochen auch emotional bewegt habe. Gerade die Szenen im Stuttgarter Schlossgarten dürften sich nicht wiederholen. Diese hätten auch ihn berührt und natürlich bedauere auch er, dass es zu derartigen Bildern gekommen sei. Der Streit um ein Eisenbahnprojekt dürfe nicht dazu führen, dass Menschen verletzt würden – weder unter den Demonstranten, noch unter unseren Polizisten.

Versachlichung der Debatte nötig

Stefan Mappus betonte, dass nun alle Beteiligten dafür Sorge tragen müssten, dass bei aller Auseinandersetzung in der Sache Menschen nicht zu Schaden kommen dürften. Der Ministerpräsident bezeugte gleichzeitig seinen großen Respekt vor allen Bürgerinnen und Bürgern, die friedlich und mit legalen Mitteln für ihre Meinung werben und für oder gegen das Projekt auf die Straße gehen würden. Gleichzeitig dürften jedoch auch Demonstrationen keine Bühne für Rechtsbrüche, Beleidigungen oder Drohungen sein.

Heiner Geißler als Vermittler

Um den Dialog wieder in Gang zu bringen hat der Ministerpräsident den auch von den Gegnern respektierten ehemaligen Bundesminister Dr. Heiner Geißler als Vermittler gewinnen können.

Dialogagenda Stuttgart 21

Ganz konkret hat Stefan Mappus in seiner Regierungserklärung das Konzept einer umfassenden „Dialogagenda Stuttgart 21“ entworfen. Neben Gesprächen auf der Spitzenebene könnten im Zuge eines solchen Prozesses auch viele einzelne, thematisch klar zugeschnittene Informations- und Gesprächskreise entstehen, die sämtliche Diskussionspunkte und Gestaltungsfragen abdecken würden. Zu den möglichen Themen eines solchen Bürger-Dialogs zählte der Ministerpräsident unter anderem:

- die Gestaltung des neuen Stadtviertels
- die Gestaltung des erweiterten Schlossgartens und der Parkanlagen
- das Baustellenmanagement und der Anwohnerschutz
- die Optimierungen im künftigen Nahverkehr
- die geologischen Rahmenbedingungen und den Schutz der Mineralquellen
- technische Fragen und Sicherheitsthemen

Stuttgart 21 geht nicht auf Kosten anderer Projekte im Land

Der Vorwurf, der Bau von Stuttgart 21 gefährde andere Verkehrsprojekte im Land ist nach Auffassung von Stefan Mappus an den Haaren herbeigezogen. So wende das Land aus den Mitteln für den Nahverkehr im Gesamtzeitraum von elf Jahren lediglich 286 Millionen Euro für das Projekt auf. Da entspräche im Durchschnitt gerade einmal 15 Prozent der jährlichen Aufwendungen in diesem Bereich. 85 Prozent der Mittel blieben folglich für andere Projekte im ganzen Land erhalten.

Vertrauen, Mut und Verlässlichkeit

Stefan Mappus mahnte alle Beteiligten, das Vertrauen in die Verlässlichkeit rechtmäßiger Beschlüsse bei den Menschen nicht zu untergraben. Gleichzeitig müsse die Politik im Land mutig für Zukunftsprojekte eintreten und nicht als Blockierer auftreten.